

Juste Terre!

SEPTEMBER 2021

www.miteinander.be
Folgen Sie uns auf Facebook

Die Covid-19-Pandemie sorgt noch immer für Schlagzeilen. Während sich in Belgien ein Rückgang abzuzeichnen scheint, sorgt die brasilianische Variante in Lateinamerika für ein Aufflammen der Epidemie. In Brasilien verbreitet sich angesichts einer untätigen Regierung, die sich der Realität nicht stellen will, noch eine andere - ebenso tödliche Krise - unaufhörlich weiter aus: die Hungerkrise. Ein Blick auf die Arbeit unserer Partnerorganisation CPT Goiás. In dieser Ausgabe werden wir außerdem über die neuesten Aktionen für unser Ziel „damit sich die Erde gerechter dreht“ des politischen Dienstes von Miteinander Teilen - Entraide et Fraternité in Belgien informieren.



Editorial

Erlass der mörderischen Schulden

„Die soziale Ungerechtigkeit geht nicht nur Einzelne an, sondern ganze Länder, und zwingt dazu, an eine Ethik der internationalen Beziehungen zu denken.“¹ Dieser Satz aus der Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus hallt in unserer Kampagne *Erlass der mörderischen Schulden* laut wider. Denn die Verschuldung der verarmten Länder, die als echtes Zwangs- und Kontrollsystem über ihre Wirtschafts-, Agrar- und Handelspolitik errichtet wurde, „beeinträchtigt“ das „Grundrecht der Völker auf Erhaltung und Fortschritt“ stark.²

Die Pandemie hat diese seit langem bestehende Ungerechtigkeit in den Vordergrund gerückt. Seit Beginn des Lockdowns fordert der Papst³, einige Schulden zu senken oder ganz zu erlassen, um es den armen verschuldeten Ländern zu ermöglichen, sich der Gesundheitskrise zu stellen. Es ist tatsächlich so, dass bereits vor der Pandemie 64 Länder des Südens jedes Jahr mehr Geld für die Rückzahlung der Schulden ausgaben, als für die Finanzierung von Gesundheitsleistungen.

Die politischen Versprechungen zum Schuldenerlass, die nur teilweise oder gar nicht eingehalten werden, rufen uns dazu auf, immer wieder aufs Neue einen echten Erlass dieser zumeist ungerechten und immer tödlichen Schulden einzufordern. Deshalb bitten wir Sie, unsere Petition, die dieser unter www.annulerladette.be zu unterschreiben. Damit das Leben über die Schulden gestellt wird, werden wir Ihre Stimme und die aller Unterzeichnenden im Oktober zu unseren politischen Verantwortlichen bringen.

Zusammen mit Ihnen unterstützt Miteinander Teilen - Entraide et Fraternité weiterhin seine Partner vor Ort und setzt sich gleichzeitig für gerechtere internationale Beziehungen ein - eine unabdingbare Voraussetzung für den Rückgang von Hunger und Armut.

■ Isabelle Franck

1 Papst Franziskus, *Laudato si'* [51]

2 Papst Franziskus, *Fratelli tutti* [126]

3 Aus seiner Osterbotschaft 2020

Brasilien zwischen Gesundheitskrise und Ernährungskrise

Während in Brasilien - ausgelöst durch das Coronavirus - die Gesundheitskrise wütet, breitet sich noch eine andere Krise immer weiter aus: die Hungerkrise. Durch eine untätige Regierung, die sich der Realität nicht stellen will und eine Bevölkerung, die am Ende ihrer Kräfte ist und unter der wiederholten Sparpolitik leidet, wurde das ohnehin schon extrem besorgniserregende Problem des Hungers im Lande noch verschärft. Fokus.

Seit dem Ausbruch der Pandemie in Brasilien sind hier mehr als 515.000 Menschen an Covid-19 gestorben. Nachdem der rechtsextreme Präsident Jair Bolsonaro das Ausmaß der Gesundheitssituation über mehrere Monate geleugnet hatte, verursachte er die Verzögerung der Impfpläne und brachte damit die gesamte Bevölkerung in Gefahr. Das Land verzeichnet durchschnittlich die höchste Anzahl an täglich neuen Todesfällen weltweit. Von 5 Todesfällen pro Tag in der Welt fällt einer auf Brasilien. **Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels sterben in Brasilien immer noch mehr als 2.000 Menschen täglich an dem Coronavirus. Dies ist eine der höchsten Raten der Welt.** Obwohl die Anzahl der Fälle, die sich mit dem Ausbruch der Variante weiter verschlimmert, explodiert, hat sich der brasilianische Präsident nicht für eine weiteren Lockdown entschieden und skandiert, er wolle die „Wirtschaft seines Landes um jeden Preis erhalten“.

Die Regierung will „die Wirtschaft erhalten“ - doch wie sieht es mit dem Schutz der Bevölkerung aus? **Seit dem Ausbruch der Gesundheitskrise sind die Armen noch ärmer geworden.** In den Städten und auf dem Land leidet die Bevölkerung Hunger. Trotz dieser gravierenden Lage wurde keine einzige konkrete und nachhaltige soziale Maßnahme ergriffen, um denjenigen zu helfen, die durch die Gesundheitskrise alles verloren haben.

55% der Brasilianer leiden unter Ernährungsunsicherheit

Seit 2018 trotz Brasilien - die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt - einer schweren Ernährungskrise. Innerhalb von zwei Jahren hat sich die Anzahl hungernder Menschen um 100.000 erhöht (insgesamt sind es 5,2 Millionen). Die Ursachen dafür sind der plötzliche Anstieg von Armut und Arbeitslosigkeit sowie drastische Kürzungen der Budgets für die Landwirtschaft und die Sozialversicherung. Daran ist die Regierung Bolsonaro nicht unschuldig.

Zwar sind in den letzten Jahren neue Programme für die Schaffung von Ernährungssouveränität im Land erstellt worden, doch die meisten davon sind nun gefährdet. Dadurch, dass die **Regierung Bolsonaro** das Recht der Bevölkerung, über ihr Land und ihre Ressourcen zu verfügen, missachtet und ausländischen Agrarinvestoren bei dem Zugang zu den fruchtbarsten Böden den Vorrang gibt, **hat sie die Bäuerinnen und Bauern, aber auch die Menschen in der Stadt, zum Hunger verurteilt.** Denn abgesehen davon, dass die Gemeinden nicht ernährt werden, hat die vom Präsidenten favorisierte intensive Landwirtschaft ausländischer Investoren starke Auswirkungen auf das soziale Leben der Brasilianerinnen und Brasilianer. Steigende Rohstoffkosten machen es für sie noch schwieriger, sich und ihre Familien zu ernähren. **Insgesamt leiden im Jahr 2020 mehr als 55%⁴ der Brasilianer unter Ernährungsunsicherheit, das sind fast 20 Millionen Menschen, die Hunger leiden.** In weniger als zwei Jahren sind 8 Millionen Menschen zu diesen bereits alarmierenden Zahlen hinzugekommen.

Die Pandemie verstärkt die Armut...und den Hunger

Die Coronavirus-Pandemie hat die ohnehin schon alarmierende Situation weiter verschärft und zu einem plötzlichen Anstieg der Armut und des Hungers im Land geführt. Innerhalb kürzester Zeit hat die Coronavirus-Krise die bereits vorhandene Wirtschaftskrise im Land noch verschlimmert. **Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Aus-**



Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen, haben die armen Arbeiterinnen und Arbeiter in den Städten noch weiter geschwächt.



Covid-19 hat große Auswirkungen auf die Bevölkerung in den Städten und auf dem Land



Die Regierung Jair Bolsonaro begünstigt Investoren aus der Agrarindustrie auf Kosten der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.

4 Quelle: Brasilianisches Forschungsnetzwerk für Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit (Pennann)



breitung von Covid-19 einzudämmen, haben die armen Arbeiterinnen und Arbeiter in den Städten (häufig im informellen Sektor tätig) und der Bäuerinnen und Bauern in den abgelegenen Gebieten noch zusätzlich geschwächt. Ohne Sicherheitsnetz, ohne Ersparnisse zum Überleben haben diese Menschen oft über Nacht alles verloren.

Die durch die Pandemie verursachte Krise hat die Ernährungsunsicherheit, die das gesamte Land überrollt, noch verschärft. *„Die erste Auswirkung betrifft die Qualität der Lebensmittel im Allgemeinen: Die Menschen essen weniger gesunde Produkte und dafür mehr verarbeitete Lebensmittel. Die zweite Auswirkung betrifft die kleinere Menge an Nahrungsmitteln, zu denen die ärmsten Schichten der Gesellschaft Zugang haben. Vor Ort fordern Verbände und die Zivilgesellschaft eine langfristige Politik, die das Recht auf gesunde Nahrung für alle garantiert, statt einer Notfallpolitik“, erklärt die internationale NGO ActionAid in einem aktuellen Bericht.*

Zwar zahlte die Regierung von Präsident Bolsonaro seinerzeit Zuschüsse an fast ein Drittel der ärmsten Brasilianerinnen und Brasilianer, doch schon bald (im vergangenen September) wurden diese „Nothilfen“ in Höhe von 600 Reais (ca. 90 Euro, Anm. d. Red.) halbiert, bis die Zahlungen schließlich Ende 2020 ganz eingestellt wurden. *„Die Hilfen der Regierung sind lächerlich, aufgrund der inflationären Lebensmittelpreise kann man heute in Brasilien nicht einmal mehr das Minimum kaufen. Die Familien sind in dieser Pandemie nicht in der Lage, zu überleben“, warnt Gabriel, ein Mitglied der Bewegung der Landlosen (MST).*

So sind die Schlangen vor den Ausgabestellen für Lebensmittelpakete seit einigen Wochen ellenlang. Manche Menschen stehen stundenlang an, um einen Teller mit etwas Reis und Soße zu bekommen. Für die Mehrheit von ihnen ist dies die einzige Mahlzeit des Tages. Ohne strukturelle soziale Unterstützung können sich diese Menschen nicht über Wasser halten.

Handeln im Angesicht der Krise: Die Pastorale Landkommission der Region Goiás mobilisiert

Brasilien gilt schon seit einigen Jahren als Schwellenland. Allerdings hat die ultraliberale Politik der neuen Regierung die Ungleichheit verstärkt. **Der Reichtum konzentriert sich auf eine kleine Elite, während immer mehr Brasilianerinnen und Brasilianer in Armut leben. Covid-19 hat diese Situation noch verschärft.** Dadurch ist die Hungerkrise explodiert. Im Bundesstaat Goiás, in der zentral-westlichen Region des Landes, könnte sie sich als besonders tödlich erweisen. Nach Angaben des Gouverneurs dieses Bundesstaates leiden (bei einer Bevölkerung von 7 Millionen) über 2 Millionen Menschen durch Covid-19 unter Ernährungsunsicherheit. Hier könnte die Stärkung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe in der Region eine Lösung sein.

Um dieser Krise die Stirn zu bieten, ist unser langjähriger Partner, die Pastorale Landkommission der Region Goiás (CPT Goiás) voll im Einsatz. Ihre Mission? Die Anzahl der Hungeropfer zu senken, die aufgrund von Covid-19 täglich steigt. Dank der bedeutenden Arbeit von CPT Goiás werden nicht weniger als 16 Gemeinden mit 2.227 Bäuerinnen und Bauern unterstützt. Diese Gemeinden befinden sich in den sechs Diözesen, in denen die CPT Goiás tätig ist: Formosa, Goiás, Uruaçu, Goiânia, Ipameri und São Luís dos Montes Belos.

Hungerzahlen in Brasilien

- 55 % der Brasilianer leiden unter Ernährungsunsicherheit.
- 43,1 Millionen Brasilianer litten im Jahre 2019 laut FAO unter Ernährungsunsicherheit.
- Die Lebensmittelkosten sind im Jahr 2020 um 20 % gestiegen.
- 74 % der Referenzpersonen in Haushalten, die sich in einem Zustand ernsthafter Unsicherheit befinden, sind schwarz; 52 % sind Frauen (Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik IBGE).

Um die Ernährungssicherheit dieser Menschen zu gewährleisten, stützt sich die CPT Goiás auf 3 Achsen: **Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion und Aufbau von Saatgutbanken**, die es der Bevölkerung ermöglichen, Autonomie zu erlangen, **Rückgabe und Erhalt der Wasserquellen**, um das Land mit dem Ziel, die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen, fruchtbar zu machen, **Bildung von Zusammenschlüssen**, um bei den Behörden **mehr Gewicht** zu haben und den direkten Verkauf der Produkte zu fördern, um **so eine schwere Hungerkrise zu vermeiden**. Es sind konkrete und nachhaltige Aktionen der Zivilgesellschaft, die es den Brasilianerinnen und Brasilianern in dieser Region des Landes ermöglichen, dem Hunger langfristig zu entkommen.

■ Céline Masfrand
Abteilung Kommunikation

DAS HANDELSABKOMMEN EU-MERCOSUR

Das Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) beschäftigt die Zivilgesellschaft und die Politik schon lange. Dieses in Verhandlung stehende Freihandelsabkommen würde die Agrarexporte aus den Mercosur-Staaten nach Europa steigern und im Gegenzug die Importe für die europäische Industrie erleichtern. Die Vereinbarung würde die Asymmetrie zwischen den beiden Volkswirtschaften derart verstärken, dass sie bereits unter dem Slogan „Cars for Cows“ bekannt geworden ist.

Was die Landwirtschaft betrifft, wären die Akteure des lateinamerikanischen *Agrobusiness*, bekannt für ihre umweltschädlichen Praktiken die Gewinner. Doch die Stärkung dieses agroindustriellen Modells bedeutet ebenso eine Schwächung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe in diesen Ländern und auch in Europa, denn die kleinen Betriebe können mit den Agrar- und Lebensmittelgiganten nicht konkurrieren.

Das Abkommen hätte zerstörerische Auswirkungen auf die Ernährungssouveränität, das Klima, die Biodiversität und die Rechte indigener Völker.

Glücklicherweise organisiert sich die Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks, um die Ablehnung dieses toxischen Abkommens zu fordern. Mehr als 450 Organisationen unterzeichneten eine Erklärung, die den anachronistischen Charakter des Abkommens angesichts der Herausforderungen unseres Jahrhunderts anprangert.

In Belgien haben die Wallonie, das Brüsseler Parlament und die Deutschsprachige Gemeinschaft bereits gegen die Verabschiedung des Abkommens Stellung bezogen. Das Föderale Parlament berät seit mehreren Monaten über eine Resolution zu dem Abkommen. Allerdings scheinen politische Blockaden der Liberalen die Verabschiedung zu verhindern. Ministerin Wilmès muss noch überzeugt werden, da Belgien noch keine offizielle Position zu dem Handelsabkommen vertritt.



NGOs mobilisieren, um den EU-Mercosur-Vertrag zu stoppen.

DER ENERGIECHARTA-VERTRAG (ECT)

Miteinander Teilen - Entraide et Fraternité mobilisiert seit zwei Jahren gegen dieses Handels- und Investitionsabkommen, das die Interessen der multinationalen Energiekonzerne schützt und mit den aktuellen ökologischen Herausforderungen unvereinbar ist. Der Vertrag schützt den Einsatz fossiler Brennstoffe und enthält eine Schiedsklausel, die es den Unternehmen erlaubt, hohe Geldstrafen von Staaten zu fordern, deren Entscheidungen ihren Interessen schaden.

Im Moment hat sich Belgien in den Neuverhandlungen des Vertrages festgefahren. Ziel ist eine „Modernisierung“ des ECT, damit er mit dem Klimaabkommen von Paris vereinbar ist, wobei dieses Ziel objektiv gar nicht erreicht werden kann. Zum einen liegt die Streichung der Schiedsklausel nicht auf dem Verhandlungstisch und zum anderen haben selbst die am wenigsten ambitionierten Forderungen aufgrund der Einstimmigkeitsregel, die die Zustimmung aller 55 Vertragsparteien zu einer Vertragsänderung erfordert, wenig Aussicht auf Erfolg. Die Verhandlungen sind daher in eine Sackgasse geraten.

Jetzt schließen sich endlich die Regierungen Frankreichs und Spaniens den Appellen von Wissenschaftlern, der Zivilgesellschaft und Parlamentariern an und fordern,

den Austritt der EU und ihrer Mitgliedsstaaten aus dem ECT ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Es ist an der Zeit, dass auch Belgien seine Strategie ändert und sich der Bewegung für den Ausstieg aus dem ECT so schnell wie möglich anschließt. Dadurch hätte unser Land die Möglichkeit, sich auf ehrgeizige und arbeitsplatzschaffende ökologische Transformationsmaßnahmen zu konzentrieren, frei von Angriffen durch undurchsichtige, voreingenommene und kostspielige Schiedsgerichte.

Auf Betreiben von Miteinander Teilen - Entraide et Fraternité und anderen Vereinigungen wurden dafür vor kurzem verschiedene parlamentarische Anfragen, insbesondere an den Ministerpräsidenten der wallonischen Regierung, gestellt. Die Antwort auf die letzte Frage, die Elio di Rupo gestellt wurde, ist recht ermutigend: In den innerbelgischen Treffen verpflichtet sich die Wallonie offiziell dazu, „über einen geordneten Ausstieg aus dem Vertrag nachzudenken“, wenn die Verhandlungen nicht kurzfristig zu Ergebnissen führen. Natürlich muss dieses „kurzfristig“ noch genauer definiert werden und ab sofort an der Vorbereitung eines solchen Ausstiegs gearbeitet werden.